

Ignorierte Fakten

Erwiderungen auf Zuschriften zum Thema „Querdenker“ vom 15. u. 21.12.

Nachdem Heidrun Wilker-Wirk in ihrem Leserbrief vom 15.12.20 sehr überzeugend diesen verwirrten Menschen das Prädikat „quer“ aberkannt hat, möchte ich ihnen auch „denken“ absprechen, denn zum Denken passt nur der Einsatz von Vernunft, nicht das Ignorieren von Fakten. Sigrun Schuster, Kronberg

Viel Geld machen mit „Querdenken“

Zitat Manfred Kirsch: „... dass er diese Republik abschaffen will. Keine andere Aussage verbirgt sich hinter den Auftritten von Querdenkern ...“ Doch, es gibt noch eine andere Aussage, nämlich eine sehr profane, kommerzielle, die aber noch kaum bekannt ist. Ballweg, der „Vorturner“ der Bewegung und „IT-Unternehmer“, sieht die Mitläufer inzwischen wohl primär als Kühe, die er melken und mit denen er viel Geld machen kann. Er hat sich nicht nur „Querdenken 711“, sondern rund 30 andere ähnliche Marken wie „Querdenken 69“ usw. schützen lassen, um damit Klamotten und anderes Zeugs verkaufen zu können. Parallel dazu sammelt ein Rechtsanwalt aus diesem Umfeld Geld für eine Sammelklage, und die jeweils „nur 800 Euro“ von bisher 1500 Personen summieren sich schon auf 1,2 Mio (Quelle: ZDF Magazin Royale).

Bernfried Kleinsorge, Egelsbach

Colvin tat den ersten Schritt

Kolumne: „Nur Mut!“, FR-Meinung vom 21. Dezember

Liebes FR-Team, in Ihrer Kolumne schrieben Sie, dass Rosa Parks sich gegen die Diskriminierung in den USA einsetzte. Ich bin 11 Jahre alt und informiere mich öfters über dieses Thema, weswegen ich Ihren Artikel sehr gelungen fand. Allerdings bin ich bei dem Satz: „Es war so unglaublich, dass diese Frau – diese eine Frau – den Mut hatte ...“ aufmerksam geworden. Denn am 2. März 1955 tat eine Jugendliche namens Claudette Colvin (damals 15 Jahre alt) genau dasselbe: Sie machte ihren Sitzplatz nicht für eine weiße Frau frei. Sie und Rosa Parks waren damals, trotz ihres unterschiedlichen Alters, sogar in derselben Jugendgruppe. Rosa Parks folgte Claudettes Beispiel und wurde zur Symbolfigur des „Busboykotts von Montgomery“. Niemand weiß genau, wieso ausgerechnet Parks und nicht Colvin zur Symbolfigur erkoren wurde! Vielleicht lag es daran, dass das Gesicht einer rebellischen Jugendlichen bei so einem wichtigen Protest eher schädlich als hilfreich gewesen wäre. Auf jeden Fall tat sie den ersten Schritt gegen die Diskriminierung in den Vereinigten Staaten. Mia-Luise Seifert, Mörfelden-Walldorf



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einreichung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

Die Schizophrenie der Verkehrspolitik

Zu: „Abschied von autofreundlicher Stadt“ u. „Mehr Autos statt Mobilitätswende“, FR-Wissen v. 19.12. u. -Regional v. 23.12.

Es ist viel zu wenig von „Wende“ zu sehen

„Abschied von der autofreundlichen Stadt“ – welch hoffnungsfroher Titel! Zu schön, um wahr zu sein! Wer als Fußgänger oder Radfahrer unterwegs ist, aber auch Auto fährt, kennt sehr genau die Unterschiede: „Bürgersteige“ sind keine Fußwege, denn der Bürger muss sich über von Baumwurzeln angehobene Platten, an bereitgestellten Mülltonnen und dicht geparkten Autos seinen Weg suchen. Nein, den Fußgänger:innen geht es nicht gut, obwohl sie als Kunden, die keine Parkplätze benötigen, geschätzt und gelobt werden.

Und die Radfahrer:innen? Ihre Radwege sind im Normalfall noch weniger nutzerfreundlich, als es Fußgänger in ihrem Metier erfahren müssen: Geschützte Radwege sind noch selten, zu meist sind die herkömmlichen in einem Zustand, der die Kommunen es ratsam werden ließ, sie der freiwilligen Nutzung zu überlassen!

Ogleich seit etwa fünf Jahren von einer Verkehrswende zu hören ist, sind die Investitionen für die drei Teilnehmerkategorien immer noch verschwindend gering. Auch bei der Förderung des wichtigen ÖPNV ist bisher noch viel zu wenig „Wende“ zu sehen. Wegen der Furcht vor der Auto- und Autofahrerlobby ist die Politik noch immer sehr leise, wenn sie mehr Mittel auf die Förderung der alternativen Verkehrsmittel verteilen müsste.

Ob wir nun vor einem Durchbruch stehen? Die Bewegung „Fridays for future“ macht Mut. Der Widerstand gegen den Ausbau der A49 zeigt, wie stark die Kräfte werden, die für eine sozioökologische Erneuerung



Verkehr zu Fuß, per Rad und mit dem Auto – wie kriegen wir die Verkehrswende hin? MICHAEL SCHICK,

kämpfen. Das Scheuersche Ministerium in Berlin wird das Jahr 2021 so nicht überleben.

Wolfgang Christian, Offenbach

Statt in die Straße in den ÖPNV investieren

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Alle Welt redet von Verkehrswende – weg vom Auto –, und dann bauen der Bundesverkehrsminister, „Hessen imobil“ und Stadt Frankfurt bis zum Gehtrichtmehrer Autobahnen in ihren Stadtgrenzen. In Zukunft geht's sechsspurig durch die Stadt. Frankfurt bestückt sich derzeit mit Parkuhren, damit nur Anwohner einen Parkplatz ergattern können und die zurzeit 350 000 Auto-Einpendler sukzessive ausgesperrt bleiben. Weiterer Autobahnbau erhöht natürlich Autoverkehr. Was für eine Schizophrenie!

Jetzt soll der verkehrsfreudige Minister Scheuer auch noch das Sagen für den Bau von Autobahnen bekommen! Was soll diese Politik? Interessierte Bürger:innen wollen den ÖPNV für nachhaltige Verkehrsmobilität ausbauen. Welche Gesellschaft kann sich zwei konkurrierende, umfassende Verkehrsnetze leisten? Wie soll das eine Stadt lebenswert gestalten? Eine Stadtregierung – vor allem unter Einfluss von Grün-Politikern – müsste diesem Verkehrsgewürge schnellstens Einhalt gebieten. Nur mit Zustimmung der Kommune lassen sich in einer Großstadt solche Autobahnprojekte durchsetzen. Es wird Zeit, dass Grün auf den Plan tritt. Wweg mit Straßenbauten und stattdessen in den ÖPNV investieren. Frankfurt gestaltet sich sonst zu einem zweiten Danneröder Forst. Oskar Voigt, Frankfurt

Immunität oder nicht, das ist hier die Frage

Zu: „Impfstoffe fair verteilen“, FR-Politik vom 21. Dezember

Zuerst die, die für den Impfstoff mitgezahlt haben!

Oliver Müller von der Caritas fordert eine faire Verteilung des Impfstoffes, da die Forschung mit „öffentlichen Geldern“ finanziert worden sei. Das fordere ich auch, aber was versteht er unter dem Begriff? Werden diese Gelder in Rinnsteinen gefunden. Wachsen sie an Straßenrändern wie Schlehen oder Hagbutten und werden eingesammelt? Nein, es sind meine bezahlten Steuern, die in diesem Falle mal für einen vernünftigen Zweck verwendet wurden. Und genau deshalb erwarte ich, dass ich nach gerechten Regeln – festgelegt durch die Impfkommission – zu den Ersten gehöre, die dann geimpft werden. Und dabei habe ich kein schlechtes Gewissen und lasse mich auch nicht als Egoisten niedermachen, schließlich habe ich (mit-)bezahlt.

Leute wie Herr Müller und/oder mit ähnlichem Duktus können ja gerne auf die Impfung ver-

zichten und diese nach Afrika schicken, aber bitte nicht für andere Menschen denken wollen und Vorschriften erlassen!

Alfred Bein, Neu-Isenburg

Wurde der Personalaufwand ausreichend berücksichtigt?

Anfang 2020 waren es vereinzelt Fälle einer neuartigen Virusinfektion, die Besorgnis erregten. Aktuell sind es „Einzelfälle“ (?) von Neuinfektionen von zuvor als genesen geltenden Personen, die besorgt machen. Bereits drei Monate nach überstandener Infektion mit Sars-CoV-2 hat sich ein Patient in Israel erneut infiziert und ist gestorben. Bereits im Oktober lagen Studien vor, die auf die möglichen Neuinfektionen hinweisen. Bei einigen Probanden waren bereits wenige Wochen nach einer durchgemachten Infektion keine Antikörper – und somit keine Immunität – mehr nachweisbar.

Nun soll eine Impfung dasselbe bewirken wie eine durchgemachte Infektion: Immunität.

Daher fragt sich Professorin Galia Rahav, Leiterin der Abteilung für Infektionskrankheiten im Schiba-Krankenhaus, m.E. zu Recht: „Wenn ein Mensch sich mehrmals infizieren kann, während das Coronavirus sich verändert, welche Bedeutung hat dann der Impfstoff?“

Darüber hinaus frage ich mich, ob der für eine Massenimpfung erforderliche Zeit- und Personalaufwand bislang ausreichend Berücksichtigung gefunden hat. In Anbetracht der völligen Neuartigkeit des Impfstoffes dürfte vor jeder ersten Verabreichung ein ärztliches Aufklärungsgespräch von mindestens 15 Minuten erforderlich sein, für die erste und zweite Impfung zusammen mindestens weitere zehn Minuten. Wenn man also z.B. 60 000 Menschen innerhalb eines Jahres impfen wollte, bräuchte man dafür rund 25 000 Stunden bzw. mindestens 14 Vollzeit-Arztstellen plus eine Vielzahl weiterer Arbeitsstellen, um innerhalb dieses Jahres nicht einmal ein Zehntel der Einwohner der Stadt

Frankfurt zu impfen, vorausgesetzt, dass keine Komplikationen auftreten. Rainer Stockmann, Dreieich

Irrsinnige Verschwendung von Hirnschmalz

Am 27.12. startete in Nordrhein-Westfalen die Impfung gegen das Coronavirus. Weil zunächst wenig Stoff zur Verfügung steht, mussten Landräte und Oberbürgermeister entscheiden, wer zuerst drankommt. Hinter dieser Meldung verbirgt sich ein wenig beachteter Skandal: Weil die verschiedenen NRW-Landesregierungen ein Landesgesundheitsamt für überflüssig hielten und diese Strukturen durch rigorose Sparmaßnahmen zerstört haben, muss jetzt jeweils vor Ort diese Arbeit gemacht werden. Mitten in der Corona-Krise müssen 54 Hauptverwaltungsbeamten die genau gleichen Überlegungen anstellen, welche Reihenfolge die richtige ist. Eine irrsinnige Verschwendung von Personalressourcen, die im Moment völlig überlastet sind. Hubert Plum, Aachen